



über die
1. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am Donnerstag, dem 08.02.2007
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:55 Uhr

Anwesend

Bürgermeister

Herr Hermann Hupe

SPD

Herr Robert Biedermann
Frau Christel Ciecior
Frau Marion Dyduch
Frau Renate Jung
Herr Michael Krause
Herr Friedhelm Lipinski
Frau Annette Mann
Herr Jochen Müller
Herr Günter Stahlhut
Herr Manfred Wiedemann

ab 17.00 Uhr

CDU

Herr Reinhard Hasler
Herr Heinrich Kissing
Herr Karl-Adolf Schneider
Herr Wilfried Weigel

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel

FDP

Herr Detlef Knop

BG (neu)

Herr Dieter Kloß

bis 17.40 Uhr

fraktionslos

Herr Klaus-Dieter Grosch

Ortsvorsteher

Herr Heinz Henning

Verwaltung

Herr Jochen Baudrexl
Frau Ingelore Peppmeier
Herr Ralf Tost

Personalrat

Herr Uwe Fleißig

Entschuldigt fehlten

Frau Britta Dreher
Herr Dieter Drescher
Herr Ralf Eisenhardt
Herr Dr. Jörg Frey
Frau Ina Scharrenbach

Herr Bürgermeister **Huße** begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, die Gäste und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Benennung von Vertretern des Schulträgers zur Teilnahme an den mündlichen Prüfungen im Abitur der Gesamtschule und des Städt. Gymnasiums	001/2007
2	Benennung von Straßen hier: Bebauungsplangebiet Nr. 33 Ka-Me	003/2007
3	Sachstandsberichte der Verwaltung Bilanzkennzahlen Swap-Analyse	
4	Nordstadt: Wohnbereichsanalyse auf der Basis sozialer Indikatoren hier: Bericht der Verwaltung und weiteres Verfahren	
5	Antrag der CDU-Fraktion zum Thema Energiesparkcontracting	
6	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einstellung einer Dipl.Ingenieurin hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung	108/2006
2	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
3	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.
001/2007

Benennung von Vertretern des Schulträgers zur Teilnahme an den mündlichen Prüfungen im Abitur der Gesamtschule und des Städt. Gymnasiums

Beschluss:

Zur Teilnahme an den mündlichen Abiturprüfungen 2007 werden folgende Vertreter benannt:

Gesamtschule: Heinrich Rickwärts-Naujokat

Städt. Gymnasium: Wilhelm Kemna

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 2.
003/2007

Benennung von Straßen
hier: Bebauungsplangebiet Nr. 33 Ka-Me

Mit Verfügung des Bürgermeisters vom 26.01.2007 nimmt die Verwaltung folgende Straßenbenennung vor:

„An Schelkmanns Hof“

Die Straße im Bebauungsplangebiet Nr. 33 Ka-Me wird in Anlehnung an die vorhandene Lagebezeichnung im amtlichen Kataster benannt.

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 3.

Sachstandsberichte der Verwaltung
Bilanzkennzahlen
Swap-Analyse

Berichtswesen Kennzahlen

Herr **Baudrexl** erinnerte an seine Informationen über ein parlamentarisches Berichtswesen unter NKF Gesichtspunkten und die Erläuterung von Kenn-

zahlen zur Bilanzanalyse in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 14.09.2006. In dem Zusammenhang habe er angekündigt, dass der Haupt- und Finanzausschuss künftig auf dieser Basis unterjährig mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung befasst werde. Die Fachausschüsse würden anhand der Kenn- und Messzahlen entsprechend informiert auf der jeweiligen Produktbereichs- bzw. Produktebene. Die bereits vorgestellten Bilanzkennzahlen seien inzwischen um weitere Kennzahlen ergänzt worden. Der Innenminister habe in Zusammenarbeit mit den kommunalen Aufsichtsbehörden, der Gemeindeprüfungsanstalt und Vertretern der örtlichen Rechnungsprüfung (VERPA) ein Kennzahlenset entwickelt. Dieses 19 Kennzahlen umfassende Set solle künftig landesweit von den prüfenden Stellen der Aufsichtsbehörden zur Beurteilung der kommunalen Haushalte eingesetzt werden. Dadurch seien in Zukunft erstmalig landesweite interkommunale Vergleiche möglich. Das jetzt vorgelegte komplettierte Kennzahlenset bilde die Grundlage des Berichtswesens der Stadt Kamen. Die Werte seien auf der Basis der Schlussbilanz und des Jahresabschlusses zum 31.12.2005 ermittelt worden.

Herr **BaudrexI** gab mit einer Powerpoint-Präsentation einen umfassenden haushaltswirtschaftlichen Bericht und erläuterte die Werte im einzelnen. Eine Druckversion wurde anschließend an alle Ausschussmitglieder und die Vertreter der Presse verteilt.

In der anschließenden Debatte wurde deutlich, inwieweit die Ertragslage und die Aufwandsstruktur, hier beispielsweise die Transferaufwendungen, kommunale finanzgestalterische Handlungsspielräume einschränken und Konsolidierungsmöglichkeiten begrenzen. Mit besonderem Interesse werden weitere Jahresvergleiche erwartet und die Positionierung in einem landesweiten Benchmarking.

Herr **BaudrexI** sagte eine nächste Fortschreibung der Kennzahlen mit der Vorlage der Jahresrechnung 2006 zu.

Swap-Analyse

Herr **BaudrexI** nahm Bezug auf die detaillierten Erläuterungen zum Einsatz von Derivaten im Rahmen des kommunalen Schuldenmanagements in einer der letzten Sitzungen. Oberste Prämisse in der Abwägung bleibe ein verantwortungsvoller Umgang mit den bestehenden Risiken. Eine Möglichkeit zur Risikobegrenzung nach Analyse des Darlehensbestands und der genauen Prüfung der Angebote von Swapgebern biete grundsätzlich die Streuung der Darlehen über mehrere Swaps. Aufgrund der Risiken auf den Einsatz derivater Instrumente gänzlich zu verzichten, sei nicht praktikabel. Das habe im übrigen auch die Gemeindeprüfungsanstalt GPA so gesehen und empfohlen ähnlich zu verfahren, wie beim Eigenbetrieb Stadtentwässerung.

Aus den drei zur Zeit laufenden Swaps in einer Größenordnung von 11,5 Mio. Euro Darlehenssumme habe man bisher eine Zinsersparnis von 61.257,26 Euro erwirtschaften können.

Auf Nachfrage von Frau **Dyduch** erklärte Herr **BaudrexI**, dass es bei jedem Swapgeschäft rechtliche Ausstiegsszenarien und Kündigungsmöglichkeiten gebe.

Herr Bürgermeister **Hupe** versicherte ergänzend, dass die Finanzverwaltung mit den Risiken derivater Instrumente konservativ umgehe.

Zu TOP 4.

Nordstadt: Wohnbereichsanalyse auf der Basis sozialer Indikatoren
hier: Bericht der Verwaltung und weiteres Verfahren

Herr Bürgermeister **Hupe** berichtete über die bisherigen Aktivitäten im Bereich des Siedlungsraums Nordstadt und die Arbeit des Nordstadtforums seit 2003. Um einen analytisch fundierten Einstieg in die Thematik zu finden und Ansatzpunkte für Handlungsbedarf zu definieren, sei damals eine Anwohnerbefragung mit externer Begleitung des Büros für Interkulturelle Zusammenarbeit / RAA Essen und anschließend als Auftaktveranstaltungen Bezirkswohnbereichskonferenzen durchgeführt worden. In der Folgezeit habe es eine Vielzahl von Aktivitäten und Maßnahmen gegeben: Aktionstage, Straßen- und Integrationsfeste, über mehr als 7 Monate das Kontaktbüro vor Ort, ab 01.10.2005 den regelmäßig mehrfach wöchentlichen Streetworkereinsatz oder die Sondersprachförderung für türkische Mütter und Kinder durch 3 über den Förderverein Jugend FörJu e.V. eingestellte türkische Fachkräfte.

Fakt sei, dass Handlungskonzepte nicht nur auf ordnungspolitische Probleme reduziert werden könnten, deshalb halte die Verwaltung jetzt eine weitere sozialräumliche Analyse für die bedarfsgerechte und zielführende Weiterführung des Nordstadtforums für erforderlich.

Zu den datenrelevanten sozialen Indikatoren einer Wohnbereichsanalyse zählen neben Flächennutzungs- und Bevölkerungsdaten, Wohnungsstrukturen, Alters- und Bevölkerungsstruktur, Sozialer Status, Haushaltsformen und -strukturen, soziale Infrastruktur und soziale Leistungen. Das erhobene Datenmaterial solle Aufschluss über Handlungsbedarf geben, um weiterhin nötige Entwicklungsprozesse steuern bzw. ursachenorientiert Konfliktlagen angehen zu können. Die Erhebung unter Leitung des Fachbereichs Jugend solle, so Herr Hupe weiter, durch Befragungen vor Ort in Kooperation mit der Fachhochschule Dortmund vorgenommen werden. Bis zum Jahresende hoffe man Ergebnisse generieren und in die parlamentarische Diskussion einbringen zu können. Die Moderation des Nordstadtforums werde ab sofort der Fachbereich 23.2, der auch für den Integrationsrat zuständig ist, übernehmen.

Herr **Wiedemann** begrüßte die bisher unternommenen Aktivitäten und unterstützte im Interesse einer weiteren kontinuierlichen Begleitung des Nordstadtforums den Verfahrensvorschlag.

Auf Anfrage von Herrn **Schneider** teilte Herr **Baudrexl** mit, dass es durchschnittlich lediglich einen Kontakt pro Woche in dem Kontaktbüro vor Ort gegeben habe.

Frau **Dyduch** begrüßte den Vorschlag als weiteren wichtigen Baustein erfolgreicher Integrationspolitik. Ihre Anfrage nach wissenschaftlicher Begleitung in dem geschilderten Umfang wurde durch Herrn Bürgermeister **Hupe** bestätigt.

Herr **Kissing** hielt die Vorgehensweise und die Zielrichtung der Weiterentwicklung sozialer und integrativer Handlungsstrategien für richtig. Das gelte besonders mit Blick auf demografische Veränderungen. Bis 2020 soll der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund bis auf 50% ansteigen. Schon deshalb sei es wichtig, stadtteilbezogene sozialräumliche Analysen vorzunehmen und unter diesem Aspekt Konzepte zu entwickeln.

Der Bericht einschließlich Verfahrensvorschlag wurde zustimmend zur Kenntnis genommen.

Herr Bürgermeister **Huße** bestätigte, dass die geplante Untersuchung das selbstverständlich differenziert berücksichtige und wies ergänzend darauf hin, dass demografische Prognosen für die Stadtteile ganz andere Entwicklungen erwarten ließen als für den Bereich der Innenstadt mit den Siedlungsbereichen im Kamener Osten.

Zu TOP 5.

Antrag der CDU-Fraktion zum Thema Energiesparkontrakt

Herr **Kissing** nahm erläuternd zu dem Antrag Stellung und hob die besondere Aktualität der Thematik des Energiesparens hervor, die mehr Bedeutung haben und mehr Berücksichtigung finden müsse. Alle städtischen Gebäude seien sukzessiv unter dem Gesichtspunkt möglicher Energieeinsparungspotenziale ab zu arbeiten.

Frau **Dyduch** wies in Bezug auf Energiesparkontrakt auf die gelungene Kooperation zwischen den Gemeinschaftsstadtwerken GSW und dem Krankenhaus hin. Dieses Modell, vermutete sie, könne für weitere städtische Gebäude erfolgreich praktiziert werden. Sie werde sich dem Antrag anschließen, wenn schrittweise der Gebäudebestand auf Energiesparpotenziale hin untersucht und über die Ergebnisse jeweils im Haupt- und Finanzausschuss oder an anderer Stelle entsprechend berichtet werde.

Herr **Baudrexel** sagte zu, in einer der nächsten Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses Zahlenmaterial über den Energieverbrauch der einzelnen Objekte vorzulegen. Ob und in welchem Umfang ein Energiesparkontrakt für weitere einzelne öffentliche Gebäude aufgrund wirtschaftlicher und ökologischer Vorteile in Betracht kommt, müsse bedarfsorientiert und anlassbezogen geprüft werden. Alle 66 Anlagen und 43 Heizungsanlagen komplett abzuarbeiten, sei nicht sinnvoll und nicht leistbar.

Herr **Kühnapfel** unterstützte den Antrag und hielt weitere Kontraktmodelle unter der Voraussetzung, dass sie finanziell lohnenswert seien für begrüßenswert.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob ein Energiesparkontrakt für die öffentlichen Gebäude und Anlagen der Stadt Kamen in Betracht kommt. Der Haupt- und Finanzausschuss ist objektbezogen über die Ergebnisse zu informieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 6.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung

Insolvenz Bauunternehmen Strusinsky & Bürmann

Bezugnehmend auf aktuellen Pressebericht informierte Herr **Baudrexel** über die anstehende Insolvenz des Straßen- und Tiefbauunternehmens Strusinsky & Bürmann. Die Betroffenheit sei begründet, weil das Unternehmen beauftragt worden sei mit der Ausführung der Kanal- und Straßenausbaumaßnahmen im Bereich der Wohnsiedlung „Im Roten Busch“ und mit Stra-

ßenbaumaßnahmen in der Heimstraße. Die Kanalerneuerung sei bis auf wenige Restarbeiten fast abgeschlossen. Ob die restlichen Aufträge noch abgeschlossen werden können, hänge ab von der Entscheidung des Insolvenzverwalters. Erste Gespräche seien bereits terminiert. Dann werde sich auch entscheiden, ob es zu einer neuen Ausschreibung und Auftragsvergabe komme oder, ob der Zweitbietende den Auftrag erhalte.

Auf den Hinweis von Herrn **Kloß** versicherte Herr **Baudrexl**, dass bislang noch vorhandene, von den Energieversorgern verursachte Löcher vor den Wohnhäusern zügig beseitigt würden.

Zu der Frage von Herrn **Hasler** bestätigte Herr **Baudrexl**, dass eine Vertragserfüllungsbürgschaft mit der insolventen Firma vereinbart worden sei. Das Risiko von Mehraufwendungen sei insofern abgesichert.

Anfragen an die Verwaltung

Reform der Gemeindeordnung

Auf Anfrage von Frau **Dyduch** sagte Herr Bürgermeister **Hupe** einen Bericht über die von der Landesregierung beabsichtigte Reform der Gemeindeverfassung in der nächsten Ratssitzung zu.

Ersatzbau Rieder Marktplatz

Den Hinweis von Herrn **Kühnapfel** auf die heutige Presseberichterstattung zum Rückbau des Ersatzbaus Rieder griff Herr Bürgermeister **Hupe** auf und bestätigte dies.

Herr **Hasler** berichtete, er sei von Bürgern mehrfach darauf hingewiesen worden, dass die Bauausführung insbesondere im Bereich von Dachgeschoss und Penthouse abweiche von den visualisierten Bauplänen. Er habe darauf hin die Planskizzen eingesehen und teile diese Wahrnehmung. Er erkundigte sich, wie die Verwaltung das bewerte.

Herr **Baudrexl** entgegnete, dass er diese Einschätzung nicht bestätigen könne. Bei den angesprochenen Planskizzen handele es sich lediglich um animierte Schaubilder, die nicht dazu geeignet seien das Bauvorhaben fotografisch und maßstabsgerecht abzubilden. Falls gewünscht, könne man sich die Skizzen in der nächsten Planungs- und Umweltausschusssitzung gern noch einmal gemeinsam ansehen. Im Übrigen würden bis auf die festgestellten Höhenabweichungen alle baurechtlichen Vorgaben erfüllt. Herr Bürgermeister **Hupe** ergänzte, dass es eine Reihe von Animationen gegeben habe. Die letztlich baurechtlich genehmigte Version entspreche den Vorgaben des Westfälischen Amtes für Denkmalpflege und nicht unbedingt den Wünschen des Investors.

Auf Wunsch von Herrn **Kissing**, teilte Herr **Baudrexl** die Höhen des Ersatzbaus und einiger Nachbarschaftsgebäude mit: Ersatzbau Rieder = 14,83 m nach der Absenkung / Altes Rathaus = 15,72 m / Gebäude Christoph = ca. 15,00 m / Gebäude des Hellweger Anzeiger = ca. 14,50 m

gez. Hupe
Bürgermeister

gez. Tost
Schriftführer